

Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer neuen Vermögensteuer

Geisterfahren statt Überholen

In Deutschland hat der Staat, trotz Steuereinnahmen und Verschuldung in Rekordhöhe, immer noch nicht genug Geld. Daher denkt die Linkspartei über die Wiedereinführung der Vermögensteuer nach. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Politikberatung kompakt 211/26) würde dies zu Einnahmen von 147 Milliarden Euro im Jahr führen. Selbst dem DIW ist nicht wohl zu-mute, denn die drei Verfasser waren vor Ausweichreaktionen wie dem Rückgang von Investitionen und der Wohnsitzverlagerung ins Ausland – Spitzensportler haben es vorgemacht. Zu Recht, denn in den OECD-Staaten, dem Zusam-menschluß der Industrienationen, wo 1990 noch zwölf von 36 Län- dern eine Vermögensteuer erhoben, sind ganze vier übriggeblieben.



von
Reiner Osbild

„Unter Risiko
entstandene
werden
risikolosen
Vermögenswer-
ten fiskalisch
gleichgesetzt.“

Die Steuersätze sind deutlich niedriger als von der Linken fa- vorisiert. Das Aufkommen aus der Vermögensteuer erstreckt sich auf höchstens ein Prozent des jewei- ligen Bruttoinlandsprodukts bzw. 0,5 bis 3,7 des Steueraufkommens in Frankreich bzw. der Schweiz. Das ist natürlich für den Klassen- kampf zu wenig: Im Hauptszena- rio der DIW-Studie machen die erwähnten 147 Milliarden rund 3,2 Prozent des BIP und gar knapp 15 Prozent des Gesamtsteuerauf- kommens aus. Wir reden also über vier- bis dreißigfach so hohe Anteile der Ver- mögen- an der Gesamtsteuerlast, verglichen mit der Schweiz und Frankreich, im Auge be- haltend, daß 32 der 36 OECD-Staaten ja gar keine Vermögensteuer erheben.

Nachhaltig ist das sowieso nicht, da ein ein- mal weggesteuertes Vermögen im Folgejahr nicht noch einmal besteuert werden kann. Wenn das Betriebsvermögen der Aldi-Dynastie, geschätzte 16 Milliarden Euro, fünf Jahre in Folge mit zwölf Prozent belastet würde – wohl

gemerkt sind die Einnahmen und Gewinne dabei noch nicht berücksichtigt – dann wären nach fünf Jahren noch 8,4 Milliarden übrig. Man würde nicht verhungern, ganz sicher, aber schließen und wegziehen, und die Kosten hätten die Mitarbeiter und Konsumenten zu schultern.

Da solch immense Vermögensteuern nicht mal so eben aus der berühmten Portokasse be- zahlt werden können, wird es zum massiven Abverkauf von Aktien, Immobili- en, mittelständischen Firmen kom- men. Die deutschen Inhaber wan- dern ab, und die Hedgefonds aus aller Welt greifen die Vermögens- werte zu Schnäppchenpreisen ab.

Man kann nicht die Milch und die Kuh besteuern. Vermögenswer- te wie Immobilien- oder Firmen- vermögen sind gerade durch die Erträge definiert, die sie generieren (JF 8/26). Ein Vierfamilienhaus in München ist deshalb mehr wert als ein völlig identisches Objekt in der Lüneburger Heide, weil es mehr Miete erbringt. Die Steuern auf Vermietung und Verpachtung werden dann sowieso in München höher ausfallen, und jetzt kommt noch eine höhere Vermögensteuer obendrauf. Das Konzept der Lin- ken wird zum Notverkauf und Preisverfall vieler Vermögensgü- ter führen. Alle Vermögensinha- ber werden davon betroffen. Die Risikoübernahme, die mit der Bil-

dung von Vermögen verbunden ist, etwa eine zwischenzeitliche Baisse am Aktienmarkt, eine Immobilienkrise oder ein Konkurs der Unter- nehmung aufgrund widriger Marktumstände, wird überhaupt nicht in Betracht gezogen. Unter Risiko entstandene werden risikolosen Ver- mögenswerten wie der lebenslang garantierten Beamtenpension fiskalisch gleichgesetzt. Es wird noch weniger Start-ups geben in Deutschland, dafür aber noch mehr Staat, noch mehr Um- verteilung, noch mehr Armut.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / KYODO



**Ukrainische Soldaten
auf Schützenpanzer:**
Rüstungsproduktion von
den Geberländern finanziert

Noch kein Ende in Sicht

Ukraine-Krieg: Wie die USA ihre Interessen wahren und die Europäer nur der Zahlmeister sind

DIRK MEYER

Rationales Handeln bedingt mindestens dreierlei: ein Wollen, ein Können und die Gelegenheit dazu – was den Wan- del der Trump-Administration mit Blick auf die Ukraine und Europa hinreichend erklärt. Zur Motivation heißt es auf der Webseite des US- Kriegsministeriums: „Die Vereinigten Staaten stel- len sicher, daß jeder Dollar, der zur Unterstützung der Ukraine bereitgestellt wird, einem klaren stra- tegischen Zweck dient und den nationalen Sicher- heitsinteressen Amerikas förderlich ist. Während wir weiterhin mit unseren Verbündeten zusam- menarbeiten, um die Souveränität der Ukraine zu stärken, muß Europa bei der langfristigen Sicher- heitshilfe die Führung übernehmen.“

Also: America first! Sodann ist die Fähigkeit zur Interessendurchsetzung aufgrund der Machtstel- lung der USA einerseits und der militärisch-po- litischen Defizite der EU andererseits vorhanden. Schließlich die Lage: US-Haushaltsnöte, Sorgen um die langfristige Kreditwürdigkeit der USA und das ökonomisch-militärisch weiter aufstrebende China als weltpolitischer Konkurrent haben die US-Hilfen für die Ukraine auf null gebracht und den US-Fokus weg von Europa gelenkt.

Eine umfassende Datenquelle zu den Ukrai- ne-Hilfen bietet der Ukraine Support Tracker des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), der den Wert der Unterstützung seit Kriegsbeginn syste-

matisch erfaßt. Hiernach gingen die US-Hilfen vergangenes Jahr um 99 Prozent zurück, während Europa seine Hilfszuweisungen stark erhöht hat, so daß der fast völlige Einbruch des US-Beistands fast ausgeglichen werden konnte. Einher ging eine Verlagerung der finanziellen und humanitären Hilfe von den Mitgliedstaaten der EU (elf Prozent) hin zur EU-Zentrale (89 Prozent). Klamme nationale Haushaltskassen und die Umgehung von einzel- nen nationalen Widerständen waren wesentliche Gründe. Doch auch die EU wird an der „kurzen Leine“ gehalten, denn ihre Finanzierung beruht auf einstimmig zu beschließenden Abführungen der Mitgliedstaaten, dem sogenannten Eigenmit- telbeschluß (Art. 311 AEUV).

Bislang insgesamt 343 Milliarden Euro an Unterstützungen erhalten

Deshalb wird auch hier der Weg des geringsten Widerstandes gewählt – die Mittelaufbringung wird über EU-Schulden („Eurobonds“) vorgenommen, die dann in späteren Jahren indirekt von den Staa- ten abzahlen sind: die Ukraine-Fazilität (50 Mil- liarden Euro), ein Makrofinanzhilfe-Darlehen (18 Milliarden Euro) und ein Ukraine-Kredit 2026/27 (90 Milliarden Euro); sodann eine geplante Ukrai- ne-Reserve (100 Milliarden Euro) für die Jahre ab 2028. Der Vorteil für alle: Die EU-Schulden werden nicht auf die nationalen Defizitgrenzen der EU- Fiskalregel angerechnet. Intransparenz ist dafür ein anderes Wort. Zudem werden die heutigen Regie- rungen die zukünftigen Lasten nicht mehr spüren.

Militärhilfen darf die EU gemäß den Verträgen nur unter besonderen Voraussetzungen leisten (Art. 40 u. 41 Abs. 2 EU-Vertrag), so daß hier bislang die Mitgliedstaaten gefragt waren. Nord- und West- europa hatten 2025 an den europäischen Militär- hilfen einen Anteil von etwa 95 Prozent mit einer Konzentration auf Skandinavien, Deutschland und das Vereinigte Königreich, die knapp die Hälfte stemmten. Hingegen ging die Militärhilfe aus Süd- und Osteuropa zurück. Angesichts unzureichen- der Rüstungsgüter in den nationalen europäischen Militärdepots und des ausbleibenden Beistands durch die USA kauften Geberländer US-Waffen für die Ukraine im Umfang von 3,7 Milliarden Euro (Nato-PURL-Initiative).

Ein stark zunehmender Anteil von aktuell über 20 Prozent stammt aus ukrainischer Produktion, die direkt von den Geberländern finanziert wird (Däni- sches Modell). Seit Kriegsbeginn im Februar 2022 hat die Ukraine insgesamt 343 Milliarden Euro an

Unterstützungen erhalten, davon 157 Milliarden Euro finanzielle, 24 Milliarden Euro humanitäre und 162 Milliarden Euro militärische Hilfen. Es do- minierten die USA (115 Milliarden Euro), die EU (84 Milliarden) und die EU-Mitgliedstaaten (88 Milliarden). Ausgehend von einem Vorkriegs-BIP der Ukraine von etwa 170 Milliarden Euro hat das Land in den vier Kriegsjahren damit das doppelte des Gesamtwertes seiner jährlich produzierten Wa- ren (Güter) und Dienstleistungen erhalten. Hinzu kommen zugesagte finanzielle Verpflichtungen im Umfang von weiteren 540 Milliarden Euro.

Die (bisherigen) Lasten für Deutschland aus den anteiligen direkten Unterstützungen betragen 25 Milliarden Euro. Hinzu kommen Flüchtlingskosten von 48 Milliarden Euro, zusammen 2,02 Prozent des deutschen BIP. Rechnet man allerdings die Ko- sten der Rußlandsanktionen in Gestalt von Liefer- ketten-Problemen durch Importbeschränkungen, Produktionsverlusten aus Exportbeschränkungen, hervorgerufenen Anstieg der Energiepreise sowie De-facto-Enteignungen deutscher Unternehmen in Rußland (Wintershall, VW, Mercedes) hinzu, so wird das wahre Ausmaß der Kriegskosten für Deutschland – abseits der Kriegsängste – deutlich. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) schätzt die monetären Krisenkosten für Deutschland seit 2020 (Corona, Ukrainekrieg, Handelsprotektioni- smus) auf 940 Milliarden Euro, entsprechend 11.300 Euro je Einwohner. Dabei entstanden zwei Drittel der Kosten seit Kriegsbeginn.

Während die USA die Waffen produzierten (schafft dort Arbeitsplätze), liefern (hält militäri- sche Kompetenzen und Abhängigkeiten aufrecht) und sich diese teuer bezahlen lassen, haben die eu- ropäischen Staaten nach dem US-Rückzug die Rol- le des Zahlmeisters übernommen. Die Alternative läge in einem den Realitäten des Kriegsverlaufes angepaßten Friedensplan, um den zusammen mit der Ukraine zu verfolgen. Doch wie will eine par- teiübergreifende Generation der politischen Füh- rung den Schwenk vollziehen, ohne ihre Reputation beim Wahlvolk zu verlieren? Rationales Handeln in dieser schwierigen Lage würde mindestens eine Revision des Ziels, den Krieg um scheinbar jeden Preis gewinnen zu wollen, voraussetzen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Hel- mut-Schmidt-Universität Hamburg.

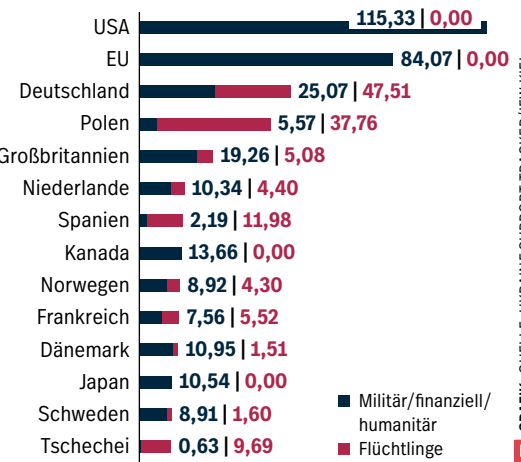
► hamburger-friedensinitiative.de

► kielinstitut.de/publications/ukraine-support-tracker-data-6453

■ Kommentar Seite 2

Bisher gezahlte Ukraine-Hilfen

Januar 2022 bis Dezember 2025 in Milliarden Euro von den Hauptunterstützern



GRAFIK QUELLE: UKRAINE SUPPORT TRACKER/IFW KIEL

EZB verhängt Millionenstrafe gegen Crédit Agricole wegen Klimarisiken

Bankenmisere im Euroraum

Von **Thorsten Polleit**

Vorige Woche verhängte der EZB-Rat eine 7,55-Millionen-Euro-Strafe gegen die französische Großbank Crédit Agricole. Ihr Vergehen: Sie habe die klimarelevanten Ri- siken in ihrer Bilanz nicht richtig beurteilt und bewertet – eine Verfehlung der Bank über 75 Tage im Jahr 2024. Die Episode zeigt unmiß- verständlich: Der EZB-Rat hält unbeirrt an der politischen Umsetzung der EU-„Klimapolitik“ mit ihrem „Net-Zero“-Ziel beim CO₂ fest. Und das, obwohl die US-Finanzbranche sich mittler- weile von der Klimapolitik verabschiedet hat.

Die Net-Zero Banking Alliance (NZBA), eine 2021 einberufene UN-Koalition, die die Bankenportfolios an das Pariser Klimaabkom- men von 2025 anpassen sollte, hat sich bereits im Oktober 2025 aufgelöst; die US-Versiche- rungswirtschaft hatte sich bereits 2024 vom Zwang, klimapolitische Ziele erfüllen zu müs- sen, freigemacht. Die EZB-Räte beschreiten also einen Sonderweg. Mit überaus problematischen Folgen für die europäische Bankwirtschaft. Die amerikanische Bankenkonkurrenz, die ohne bereits weltweit eine Weltmarktführerschaft innehat, kann zum Beispiel problemlos Kredite an die fossile Energiewirtschaft (zum Beispiel

Öl und Gas explorierende und verarbeitende Firmen) vergeben, ohne dadurch klimapolitisch in Mißkredit zu geraten. Zudem haben US- Banken auch keine interne Überwachungs- und Risikokosten zu tragen, können also effizienter arbeiten als die klimapolitisch gegängelten Euro-Banken. Vor allem ist auch damit zu rechnen, daß sich Investoren gegenüber europäischen Banken zusehends zurückhalten werden. Sie werden auch deren Aktien und Anleihen nur noch zu vergleichsweise niedrigeren Preisen kaufen – weil deren Kapitalrendite niedriger ausfällt und ihre geschäftspolitischen Risiken (klima-)politisiert sind.

Das erhöht einseitig die Kapitalkosten der europäischen Banken, verursacht ihnen dadurch erhebliche Wettbewerbsnachteile gegenüber den Konkurrenten aus Amerika. Das wiederum trifft auch die Produzenten und Konsumenten in Eu- ropa insgesamt: Sie sind es ja letztlich, die die erhöhten Kosten des Bankgeschäftes zu tragen haben – und zwar in Form verteuert Kredite und erhöhten Gebühren für Bankdienstleistun- gen. Die klimapolitische Irlrläuferei der EZB- Räte richtet also gewaltigen Schaden an und sollte so schnell wie möglich beendet werden.

Werbung in der JF

Teile der JF sind käuflich. Dieser Teil zum Beispiel kostet **2.200 Euro.**

Mit Ihrer Annonce in der JUNGEN FREIHEIT erreichen Sie vieles: Zum einen eine treue und exklusive Leserschaft, die Ihrer Botschaft besonders aufmerksam und aufgeschlossen gegenüber steht. Zum anderen unterstützen Sie wirklich unabhängigen Journalismus. Erfahren Sie mehr:

Ihr Ansprechpartner: CARSTEN BECK
E-Mail: beck@berliner-medienvertrieb.de
Telefon: 030/86 49 53-67

JUNGE FREIHEIT
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.